

**Statement Ingrid Sehrbrock auf der Pressekonferenz
„Ein Jahr nach dem Bildungsgipfel: Was ist uns gute Bildung wert?“
am 22. Oktober 2009**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf den Tag genau vor einem Jahr rief Angela Merkel beim Dresdner Bildungsgipfel die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Es sei das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft, jeden Menschen zu integrieren. Eine gute Bildung für alle Menschen sei hierfür Grundvoraussetzung, sagte die Bundeskanzlerin.

Die Gewerkschaften entlassen Bund und Länder nicht aus der Pflicht. Der Begriff der Bildungsrepublik ist ein hoher Maßstab. Die Messlatte für dieses Versprechen sind die Ergebnisse im Nationalen Bildungsbericht:

- Noch immer leben in unserem Land rund vier Millionen funktionale Analphabeten.
- Noch immer landen mehr als 400.000 Jugendliche in Warteschleifen, im Übergangssystem ohne Chance auf eine voll qualifizierende Ausbildung.
- Noch immer verlassen jedes Jahr mehr als 70.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss.
- Noch immer ist der direkte Übergang vom Beruf in die Hochschule kaum möglich. Nur ein Prozent der Studienanfänger an unseren Hochschulen hat kein Abitur.
- Mit 39 Prozent ist die Studienanfängerquote in Deutschland weiterhin zu niedrig.

Kurzum: Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist noch weit, steinig und führt sicher nicht nur geradeaus.

Wer mehr Qualität im Bildungswesen will, wird mehr Geld investieren müssen. Mehr und bessere Kindergärten, mehr Ganztagschulen, der Ausbau der Hochschulen, mehr Weiterbildungsberatung - all das kostet sehr viel.

Es ist deshalb überfällig, dass Bund und Länder auf dem Bildungsgipfel zusätzliche Milliarden-Investitionen versprochen haben. Insgesamt 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sollen in Bildung und Forschung fließen. Ein hehres Versprechen, das auch die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festschreiben will.

Leider ließen Bund und Länder beim Dresdner Bildungsgipfel viele Fragen offen: Wie viele Milliarden sollen in unser Bildungswesen fließen? Welche Summe trägt der Bund, welche Kosten tragen die Länder? Wie sollen diese Mittel angesichts verschuldeter öffentlicher Haushalte und der Schuldenbremse finanziert werden?

Im Klartext: Im Ziel waren sich Kanzlerin und Ministerpräsidenten einig. Über die konkrete Umsetzung wird noch immer heftig gestritten. Am ersten Jahrestag des Bildungsgipfels warten wir weiter auf einen Plan zur Umsetzung des 10-Prozent-Ziels.

Noch tagt eine Arbeitsgruppe von Bund und Ländern, um konkrete Vorschläge zu machen. Es ist zu befürchten, dass einige Unterhändler sich an einer kreativen Definition eines höheren Bildungsbudgets versuchen. Plötzlich werden Posten im Bildungsetat verbucht, die dort bisher noch nie eingerechnet waren, heißt es. Von Kosten für die Beamtenpensionen bis

zur Instandhaltung von Gebäuden. Ich kann Bund und Länder vor solchen Rechenricks nur warnen.

32,3 Milliarden Euro – das ist die Summe, die Bund und Länder gemeinsam Jahr für Jahr zusätzlich in unser Bildungswesen investieren müssen, um das 10 Prozent-Ziel zu erreichen. Und da sind die Kosten für die Sanierung von Kindergärten, Schulen und Hochschulen noch nicht eingerechnet.

32,3 Milliarden Euro. In der Tat erscheint diese Summe auf den ersten Blick gigantisch. Verglichen mit den Steuersenkungs-Phantasien der FDP nimmt sie sich geradezu bescheiden aus.

Dr. Roman Jaich vom European Institute for Globalisation Research arbeitet an einer spannenden Studie für die Hans-Böckler-Stiftung. Er hat errechnet, wie viel Bund, Länder und Kommunen für ein gutes Bildungswesen ausgeben müssen.

- Wie viel muss der Staat zusätzlich in gute Kindergärten mit kleineren Gruppen, besser ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern sowie in ein Ganztagsangebot investieren?
- Wie viele Mittel müssen in den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen mit mehr Sozialarbeitern gesteckt werden?
- Was kosten mehr Angebote der Ausbildung?
- Welchen Bedarf gibt es für den Ausbau der Hochschulen und eine starke staatliche Studienförderung?
- Was wird benötigt für mehr Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Erwerbslose und für mehr Weiterbildungsberatung?
- Wie viel muss in ein gebührenfreies System vom Kindergarten bis zur Hochschule investiert werden?

Roman Jaich kommt auf eine Summe von gut 36,94 Milliarden Euro. Man sieht, mit den 10 Prozent des BIP für Bildung und Forschung, mit 32 Milliarden Euro können wir ein gutes Stück auf dem Weg zur Bildungsrepublik vorankommen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen enden die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und FDP. Ich möchte der schwarz-gelben Regierung **fünf** konkrete Initiativen für den Bund empfehlen:

1. **Ein neues Ganztagschulprogramm:** Mit rund 2 Milliarden Euro im Jahr lassen sich 40.000 Sozialarbeiter an unseren Schulen finanzieren. Damit könnte – rein rechnerisch – an jeder Schule in Deutschland ein zusätzlicher Sozialarbeiter eingestellt werden. Wenn man die Stellen an Schulen in sozialen Brennpunkten konzentriert, ließe sich so ein echtes Programm für mehr Chancengleichheit auflegen. Nachdem im Ganztagschulprogramm I vor allem Gebäude finanziert wurden, lässt sich mit der Förderung der Sozialarbeit ein echter Quantensprung in der Qualität erreichen. Übrigens: Wir sind der Überzeugung, dass der Bund bei den Sozialarbeitern durchaus auch nach der Föderalismus-Reform Finanzhilfen geben darf. Er hat für die Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB 8) noch immer die Zuständigkeit.
2. **Eine starke staatliche Studienfinanzierung:** Mit einer halben Milliarde Euro lässt sich der Ausbau einer starken Studienfinanzierung sichern. Mit einer Anhebung der

Altersgrenze von 30 auf 35 Jahre könnten künftig mehr Studierende ein BAföG beziehen. Zudem ließe sich mit diesen Mitteln eine Anpassung der BAföG-Sätze an die Lebenshaltungskosten bezahlen. Das BAföG ist seit den 70er Jahren besonders für ärmere Familien die Leiter für den sozialen Aufstieg. Die neue Regierung setzt hingegen auf den Ausbau eines Stipendiensystems– und nicht auf ein starkes BAföG. Das ist der falsche Weg. Kernstück einer Studienfinanzierung muss das BAföG sein. Es bietet den Studierenden einen klaren Rechtsanspruch, während sie beim Stipendium auf das Wohlwollen der Geldgeber angewiesen sind. Deshalb: Wir haben nichts gegen Stipendien. Sie können aber ein starkes BAföG nur ergänzen.

3. **Einen Hochschulpakt III:** Ich freue mich, wenn die Koalition den Hochschulpakt II finanziell absichern will. Doch dieser Pakt ist unterfinanziert. Er reicht nicht, um unsere Hochschulen Bologna-tauglich zu machen, wie unlängst der Wissenschaftsrat festgestellt hat. Um einen Personalschlüssel von 1:13 zwischen Wissenschaftlern und Studierenden an den Hochschulen zu erreichen, müssten 1,76 Milliarden Euro im Jahr investiert werden. Damit ließen sich mehr als 27.000 Stellen schaffen. Überfüllte Hörsäle sollten damit der Vergangenheit angehören. Mehr Professoren könnten ihre Studierenden besser fördern und damit mehr junge Menschen ihr Studium erfolgreich abschließen.
4. **Eine bessere Förderung der Weiterbildung:** In keinem Bildungsbereich wurde der Rotstift so sehr angesetzt wie in der Weiterbildung – und dies insbesondere durch die Betriebe und die Bundesagentur für Arbeit. Vor allem langfristige Maßnahmen für Erwerbslose wurden gekürzt. Wenn die Bundesagentur für Arbeit ihre Angebote auf das Niveau des Jahres 2001 anheben will, müssten rund 6,4 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Vor diesem Hintergrund wäre es ein schwerer Fehler, wenn die schwarz-gelbe Koalition zur Finanzierung von kostspieligen Steuersenkungen weiter bei der Bundesagentur kürzt. Weiterbildung ist gerade in kleinen und mittleren Unternehmen oft noch ein Fremdwort. Meist kennen weder Betriebe noch Beschäftigte ihren Weiterbildungsbedarf. Es mangelt schlicht an professioneller Beratung. Um ein flächendeckendes Netz von unabhängigen Beratungsstellen (450 Stellen) aufzubauen, wären rund 110 Millionen Euro notwendig. Die Technologieberatungsstellen leisten schon gute Arbeit – zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen.
5. **Bildungsgebühren abschaffen:** Wer Facharbeitern und Kleinverdienern mehr Bildung ermöglichen will, sollte Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule abschaffen. Der Ansturm deutscher Studierender auf Österreich, das gerade seine Studiengebühren gestrichen hat, zeigt, wie abschreckend Gebühren wirken. Die Abschaffung von Kita-Gebühren kann der Bund mit rund 1,97 Milliarden Euro im Jahr finanzieren. Die neue Bundesregierung will offenbar ein Bildungskonto einführen – für jedes Neugeborene gibt es eine Bundeseinlage von 150 Euro. Private Einzahlungen sollten nach dem Modell der Riester-Rente steuerlich gefördert werden. Diese Idee hilft vor allem der gehobenen Mittelschicht. Geringverdiener sind damit finanziell überfordert. Sie sollen nicht nur für ihre Rente privat vorsorgen, sondern auch Zusatzbeiträge für die Krankenkassen zahlen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

das sind fünf konkrete Vorschläge für eine echte Bildungsoffensive. Ein ehrgeiziges Programm, das den Bund Jahr für Jahr knapp mehr als 13 Milliarden Euro kosten würde. Das ist eine Summe, die finanziell und verfassungsrechtlich machbar ist. Das ist weniger, als Schwarz-Gelb an Entlastung durch Steuersenkungen verspricht.

Letztlich müssen Union und FDP entscheiden, welche Prioritäten sie setzen. Der Dreiklang aus Steuersenkungen, Haushaltskonsolidierung und Zukunftsinvestitionen in Bildung wäre

die Quadratur des Kreises. Die Bundesregierung muss klar sagen: Will sie kostspielige Senkungen der Erbschafts- und der Unternehmenssteuer? Will sie öffentliche Investitionen durch einen drastischen Tritt auf die Schuldenbremse runterfahren? Oder will sie mehr Geld in ein gutes Bildungswesen investieren? Warum erklärt Guido Westerwelle umfangreiche Steuersenkungen und nicht die Finanzierung eines guten Bildungswesens zum casus belli?

Im Deutschland-Trend des Instituts infratest dimap wurden die Menschen kurz nach der Bundestagswahl gefragt, welchen Schwerpunkt sie setzen würden. Die Antwort war eindeutig: 35 Prozent forderten mehr Geld für Bildung, nur sechs Prozent sprachen sich für Steuersenkungen aus.

Die neue Bundesregierung sucht noch nach einem guten Motto für ihre kommende Amtszeit. „Mit guter Bildung aus der Krise“ wäre ein vernünftiger Vorschlag, wenn sich diese Maxime auch im Regierungshandeln niederschlägt.

Vielen Dank